

Rainer Schönenberg * Friedhofstraße 6 * 64372 Ober-Ramstadt

Herrn Stadtverordnetenvorsteher
Norbert Rohrbach
Rathaus
64372 Ober-Ramstadt

Ihr Zeichen:
Ihre Nachricht vom:
Unser Zeichen:
Unsere Nachricht vom:

Telefon: 06154 1709
E-Mail: r.schoenenberg at t-online.de

Datum: 20.10.2012

Betr.: Antrag der BFO/Grünen-Fraktion zur nächsten Stadtverordnetenversammlung

Sehr geehrter Herr Rohrbach,

ich bitte Sie, folgenden Antrag auf die Tagesordnung der nächsten Stadtverordnetenversammlung zu nehmen und vorher im Jugend- und Sozialausschuss und Haupt- und Finanzausschuss beraten zu lassen.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

- 1. Der Magistrat der Stadt Ober-Ramstadt wird beauftragt, mit weiteren Kommunen im Landkreis Darmstadt-Dieburg Gespräche über die Einrichtung einer zentralen Obdachlosenunterkunft für wohnungslose Frauen im Rahmen einer interkommunalen Zusammenarbeit aufzunehmen.**
- 2. Darüber hinaus soll geprüft werden, ein am Bedarf der Stadt Ober-Ramstadt orientiertes Beratungsangebot für Männer in Notunterkünften einzurichten, um durch gezielte sozialpädagogische Unterstützung Obdachlosigkeit im Vorfeld zu verhindern oder sie so schnell wie möglich zu beenden.**

Begründung:

Einer Umfrage der Abteilung für Chancengleichheit des Landkreises Darmstadt- Dieburg zufolge besteht in den Kommunen des Landkreises Darmstadt-Dieburg ein hoher Bedarf an Notunterkünften für Frauen. Häufig sind gemeindeeigene Einrichtungen belegt oder nicht geeignet. Frauen werden bisher als eigene Zielgruppe im Hilfesystem nicht berücksichtigt. Die bestehenden Hilfeangebote für Frauen wie das Frauenhaus und die Übergangseinrichtung „Notwaende“ sind in vielen Fällen nicht zuständig oder es bestehen lange Wartezeiten für die Aufnahme. Derzeit können in akuten Notsituationen für die Frauen nur unzureichende Übergangslösungen angeboten werden.

Die in den Kommunen bestehenden Notunterkünfte werden häufig lediglich den Mindestanforderungen gerecht, eine reine „Verwaltung“ kann die Probleme der Menschen auf längere Sicht nicht lösen. Hier ist ein umfassendes Hilfsangebot mit fachkundiger Beratung erforderlich.

Bereits in einer Kreisversammlung der Bürgermeister des Landkreises wurde die Problematik vorgestellt und der Vorschlag eines interkommunalen Projektes diskutiert.

Nur ein umfassendes Hilfsangebot wird in Not geratenen Menschen die Reintegration in die Gesellschaft möglich machen.

Die im Anhang beigefügte Konzeption belegt eindrücklich die Dringlichkeit zum Handeln. Aus der im Anhang beigefügten Kostenkalkulation lässt sich ersehen, dass die Kosten für die einzelne Kommune sinken, je mehr Kommunen diese Aufgabe in Angriff nehmen

Mit freundlichen Grüßen

gez. Jürgen Wolf



Rainer Schönenberg